

Fünftehnter Tätigkeitsbericht des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

46. Sitzung des AGH - 30. April

Jetzt hat der Kollege Otto für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. – Bitte! Andreas Otto (Grüne):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich richte von dieser Stelle im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen herzlichen Dank an Herrn Gutzeit und seine Behörde für die wichtige Arbeit, die für Berlin, aber eben auch über diese Stadt hinaus geleistet wurde.

[Beifall bei den Grünen – Vereinzelter Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP]

Herr Gutzeit bietet seit Jahren Beratung, etwa zu Rehabilitierungsfragen, auch in Brandenburg an. Es ist ein Trauerspiel, dass Brandenburg erstmals zwanzig Jahre nach der friedliche Revolution darüber nachsinnt, einen eignen Landesbeauftragten zu installieren. Das ist – ich wiederhole – ein Trauerspiel.

[Beifall bei den Grünen]

Wir sind in Berlin weiter, aber – deswegen diskutieren wir hier heute – auch in Berlin ist nicht alles zum Besten. Bereits im letzten Jahresbericht, dem für 2007, wurden wir auf die finanziellen Schwierigkeiten der Beratungsstelle Gegenwind, einer Einrichtung für politisch Traumatisierte der DDR-Diktatur, aufmerksam gemacht. Wir als Bündnisgrüne erwarten, dass gerade die psychosoziale Betreuung von Menschen, die Hafterlebnisse, politische Ausgrenzung oder Zersetzung durch die Staatssicherheit mit sich herumtragen müssen, vom Senat als soziale Aufgabe prioritär behandelt wird.

[Beifall bei den Grünen]

Wir sind im Jahr 2009, im 20. Jahr der friedlichen Revolution. Der Senat hat ein Themenjahr beschlossen. Das ist sehr löblich. Und er wird am 7. Mai eine Ausstellung eröffnen. Darauf freuen wir uns. Der 7. Mai ist ein wichtiges Datum. An diesem Tag – am 7. Mai 1989 – wurde erstmalig nachgewiesen – gefälscht wurde immer –, dass die Wahlen in der DDR gefälscht und die Ergebnisse schön gerechnet wurden. An jenem Abend verkündete wie bei jeder Wahlfarce der oberste Wahlfälscher Egon Krenz im Fernsehen der DDR eine Zustimmung zu den Einheitslisten der Nationalen Front von über 98 Prozent. Jeder wusste, dass das nicht stimmt, und in jenem Jahr war erstmals durch Nachzählen – dadurch, dass viele Leute in die Wahllokale gegangen sind, mitgezählt haben, was dort gezählt wurde – nachgewiesen worden, dass das nicht stimmte. Es waren vielleicht nur 85 Prozent – auch noch eine Menge –, aber die SED war so schwach, dass sie sich noch nicht einmal traute, dieses Ergebnis ehrlich bekannt zugeben, obwohl die Nachzählaktion vorher bekannt war und obwohl auch Egon Krenz wusste, dass er entlarvt werden wird.

Wir hatten als Fraktion einen Entschließungsantrag in die heutige Sitzung eingebracht und ihn allen anderen Fraktionen vorher zugestellt. Ich finde es höchst bedauerlich, dass sich insbesondere die Koalition nicht zu unserem

Entschließungsantrag und damit auch zum 7. Mai 1989 positionieren konnte. Ich weiß nicht, ob das politische oder organisatorische Gründe hatte. Es ist einfach bedauerlich.

[Beifall bei den Grünen]

Das Jahr 2009 erinnert nicht nur an schöne Ereignisse. In wenigen Tagen jährt sich der 10. Todestag des Schriftstellers Jürgen Fuchs, an den ich an dieser Stelle erinnern möchte. Jürgen Fuchs ist durch SED und Staatssicherheit in Hohenschönhausen festgesetzt und selbst später in Westberlin noch terrorisiert worden. Er erkrankte an Leukämie und starb am 9. Mai 1999. Er starb an einer Krebserkrankung, die in dem Verdacht steht, durch Bestrahlung hervorgerufen zu werden. Es ist anderen ähnlich gegangen. Bis heute konnte leider nicht nachgewiesen werden, dass das in der Haft durch die Stasi-Leute bewusst herbeigeführt wurde. Aber Anhaltspunkte dafür gibt es.

All das sind Dinge, die wir nicht vergessen dürfen und die wir der Jugend weitergeben müssen. Wenn ich in dem Bericht des Herrn Gutzeit lese, welche Schwierigkeiten es etwa bei der Lehrerweiterbildung gibt, muss ich Senator Zöllner fragen, was er in den letzten Jahren dazu getan hat. Mein Eindruck ist: Nichts!

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Wer in der politischen Bildungsarbeit nichts tut, der unterstützt ein gesellschaftliches Klima der Verharmlosung. Der Slogan „Es war nicht alles schlecht!“ begegnet uns allenthalben, und der schon erwähnte Herr Sellering, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, hat dem die Spitze aufgesetzt, indem er gesagt hat:

Insofern hat zur DDR immer auch ein Schuss Willkür und Abhängigkeit gehört.

Sehr geehrte Damen und Herren – für einen „Schuss Willkür“ benötigten wir keinen Landesbeauftragten.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Den brauchen wir, weil Aufarbeitung, Beratung und politische Bildung auch 2009 dringend erforderlich sind. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei den Grünen, der SPD, der CDU und der FDP]